

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 . Fernsprecher: 77 178 / 7 006

Nr. 23, 3/.Jhrg. (6) Herausgegeben von Bruno Körnschütz mit Genehmigung der Militärregierung
Frankfurt/Main, den 3. Februar 1949

Seite 1

Postcheckkonto: Frankfurt M. 39967 . Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Die Informationen des Tages :

Aus der Union

Eine Tagung des Frauen-Zonenausschusses der CDU für die britische Zone findet am 19. Februar in Recklinghausen statt. An der Tagung nehmen auch Vertreterinnen der Reichsarbeitsgemeinschaft der Frauenausschüsse aller Zonen teil.

Perschnelles

Zu den in der Presse erschienenen Meldungen über Beziehungen von Minister Gerecke zu der neu gegründeten "Deutschen Union" erfahren wir, daß Dr. Gerecke weder mit Vertretern der "Deutschen Union" verhandelt noch an den Beratungen teilgenommen hat und dass keinerlei Verbindungen zwischen Dr. Gerecke und der "Deutschen Union" bestehen.

Der bayerische Justizminister und Landesvorsitzender der CSU, Dr. Müller, hat, nachdem das von ihm selbst beantragte Untersuchungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist, seine Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

Aus den Parteien

Dr. Adenauer erklärte zur Zentrumstagung in Oberhausen, der Beschluss des Zentrums, einen Zusammenschluss mit der CDU abzulehnen, sei tief bedauerlich. Die CDU werde die künftige Entwicklung abwarten, weil jetzt die Masse der Zentrumswähler entscheiden muss, auf welcher Seite sie steht.

Die Initiatoren der in Hessen zu gründenden Filiale des "Bundes für Deutschlands Erneuerung" (Straßen-Bewegung) haben ihre Anhänger aufgefordert, die Arbeit einzustellen und keine Versammlungen mehr abzuhalten, da die zur Lizenzierung erforderlichen 100 Unterschriften nicht aufzubringen waren.

Wirtschaftspolitik

Die CDU-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz hat die Regierung ersucht, im Zuge der Verbrauchssteuersenkung die Zuckersteuer von DM. 40,- auf DM. 28,- je Doppelzentner zu senken.

Die SPD forderte in einem an den bayerischen Landtag eingebrachten Dringlichkeitsantrag die Verstaatlichung des bayerischen Kohlenbergbaues.

Kulturpolitik

Der hessische Kultusminister Dr. Stein (CDU) gab die Erklärung ab, dass er nicht an die Einführung des Kulturpfennigs denke.

Innenpolitik

Zur Verurteilung der Bochumer Demontagewerweigerer erklärte Ministerpräsident Arnold von Rheinland-Westfalen, das Urteil sei für die deutsche Bevölkerung völlig unverständlich. Dr. Konrad Adenauer teilte auf einer CDU-Versammlung in Bonn mit, die Landtagsfraktion der CDU habe beschlossen, die Militärregierung um sofortige Freilassung der Verurteilten zu bitten.

Die Aufgaben des Elternbeirates.

Die Regierung von Rheinland-Pfalz hat durch Verfügung vom 21. August 1948 an allen Schulen des Landes die Bildung von Elternbeiräten angeordnet. Über die Aufgaben die Elternbeiräte äussert sich im folgenden Frau Staatssekretär Dr. Gantenberg, Koblenz.

Es muss zunächst festgestellt werden, dass der Elternbeirat nur beratende Funktionen hat. Seine wesentliche und wichtige Aufgabe ist, Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus zu vertiefen und zu fördern. Das kann auf mancherlei Weise geschehen. Er kann Elternversammlungen einberufen, zu denen gewöhnlich auch die Vertreter der Schule und das Lehrerkollegium eingeladen werden. In diesen Elternversammlungen kann Aufklärung gegeben werden über mancherlei Massnahmen und Einrichtungen der Schule, die vielleicht den Eltern nicht ohne weiteres verständlich und genehm sind. Wenn sich aus der Raumnot die Notwendigkeit ergibt, Wechselunterricht einzuführen und dadurch die Kinder zu den verschiedensten Zeiten zu den Mahlzeiten kommen müssen, so werden die Eltern diese Erzhwerungen leichter auf sich nehmen, wenn sie durch eine Besprechung mit der Schule sich überzeugt haben, dass nur auf diese Weise der Unterricht überhaupt möglich ist. Es ist auch notwendig, dass die Schule die Schwierigkeiten vom Elternhaus her sieht, die in Forderungen der Schule begründet sind, ich denke da zum Beispiel an die Schwierigkeiten, für den Turnunterricht, den Zeichenunterricht, besonders aber für den Nadelarbeitsunterricht, die notwendigen Voraussetzungen und Materialien zu beschaffen. Wenn in gemeinsamer Aussprache die Schule die Schwierigkeit sieht, wenn Eltern dagegen den Wert gerade auch dieser Fächer erkennen, dann werden sich die Schwierigkeiten leichter beheben lassen.

Es ist auch nötig, dass die Eltern durch den Elternbeirat eine stärkere Anteilnahme an den Erziehungsfragen bekommen. Alle Fragen, die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind, können und müssen durch den Elternbeirat gesammelt, besprochen und an die Schule weitergeleitet werden. Das gleiche gilt für Wünsche und Anregungen aus Elternkreisen. Ein wichtiges, verantwortliches und schwerwiegendes Recht des Elternbeirates liegt darin, dass er befugt ist, bei der Verweisung eines Schülers von der Schule mitzuwirken. Es wird sich in den meisten Fällen dieser Art darum handeln, dass der betreffende Schüler, oder die betreffende Schülerin unwürdig ist, weiter an der Schule zu bleiben oder das weitere Verbleiben eine sittliche Gefahr für die Mitschüler bedeutet. Weil die Eltern wegen der Gefährdung der anderen Schüler das grösste Interesse haben, muss letztlich auch von ihnen mitentschieden werden, ob der betreffende Schüler oder die betreffende Schülerin noch tragbar ist.

Wir wissen alle, in welcher Raumnot die meisten unserer Schulen heute arbeiten müssen. Der Wiederaufbau der Schulen ist ein vordringlicher Punkt des gesamten Bauvorhabens und des Wiederaufbauprogramms. An vielen, besonders kleineren Orten hat die Selbsthilfe meist auf Grund der Initiative eines tüchtigen Lehrers schon sehr viel gewirkt und man könnte sich vorstellen, dass auch hier dem Elternbeirat eine wichtige Aufgabe zufiele. Wenn die Eltern aus ihren eigenen Reihen darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Schulräume wieder hergestellt werden müssen, dass für die vielen Stunden, die ihre Kinder in der Schule verbringen, Räume bereitgestellt werden müssen, die nicht nur gesund, sondern bei aller Einfachheit auch ordentlich und schön sein müssten, wenn die Förderung aller Eltern dieses Streben unterstützt, dann werden sich bei den Kommunen, bei den Bauämtern auch Mittel und Wege

finden lassen, diesem Verlangen Rechnung zu tragen, Wenn es dem Elternbeirat gelingt, mit aller Begeisterung an ihre Aufgaben heranzugehen, dann wird es der Schule um so eher gelingen, die schwere Bildungs- und Erziehungsarbeit zu leisten, von deren Gelingen zu einem guten Teil eine glückliche und bessere Zukunft unseres Volkes abhängt.

Auch ein Gesetzesvorschlag

Kulturpolitik

Die 52jährige Lehrerin an einer Kieler Mädchenschule, Dr. Dorothea Klage hat an den Parlamentarischen Rat das Ersuchen gerichtet, in die künftige Ehegesetzgebung eine Bestimmung aufzunehmen, die die "Ehe auf Zeit" vorsieht. Frau Klage hat in einem 14-Punkte-Programm ihre Forderung im wesentlichen damit begründet, dass ihr Vorschlag das geeignetste Mittel sei, die sieben Millionen Frauen, die z.Zt. keine dauernde Ehe eingehen können, am Kindersegen teilhaben zu lassen, damit sie auf diese Weise "die deutsche Kultur retten" können.

Der Vorschlag von Frau Klage ist so absurd, dass man nicht recht weiß, ob man darüber stillschweigend hinweggehen oder ihn entrüstet in den Papierkorb werfen soll. Wenn wir uns dennoch kurz mit ihm befassen, so deshalb, um unseren Lesern vor Augen zu führen, dass es immer noch Leute gibt, die vom Wesen der Ehe eine höchst merkwürdige Vorstellung haben, und denen vor allem der Begriff der christlichen Ehe noch völlig unbekannt ist. Die Ehe als die Keimzelle jedes Volkes und Staates und als Grundlage der abendländischen Kultur auf reinen Zweckmässigkeitserwägungen aufzubauen, wäre ein ebenso törichtes wie gefährliches Unterfangen. Es bewirkte, würde es in die Tat umgesetzt, die Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung. Die Ehe wäre nicht länger mehr eine Berufung, die ein Höchstmass an sittlicher Verantwortung in sich birgt, sondern eine mehr oder weniger geschäftsmässige Angelegenheit. Das Verhältnis des Vaters zur Frau und zum Kinde bestünde nur noch in der Gewährung von Unterhaltsbeiträgen, es würde nicht mehr bestimmt von dem sittlichen Gefühl der Gemeinschaft, zu der die Ehe Mann und Frau für ihr ganzes Leben verbindet. Der Vorschlag von Frau Klage ist so abwegig, dass er von allen christlichen Frauen mit Empörung abgelehnt würde. Er hat eine auffallende Ähnlichkeit mit dem "Lebensbohn" der SS unseligen Angedenkens, und das allein sollte schon genügen, ihn als eine krankhafte Zeiterscheinung abzutun. Eine andere Frage ist, ob einer Erzieherin junger Mädchen mit pädagogischen Grundsätzen und Lebensanschauungen einer Frau Klage nicht nahe gelegt werden sollte, möglichst bald ihren Beruf zu wechseln.